selbst der Renten für Greise und Invaliden wurde eine Psychose der Angst und Furcht geschaffen. Diese Zwangsmaßnahmen und Drohungen wurden während der sogenannten Wahlkampagne und am Tage des Wahlmanövers selbst durch Massen Verhaftungen, Unterdrückung der Versammlungsfreiheit der SED und durch willkürliche Beschlagnahme ihres Aufklärungsmaterials ergänzt. Die Führung der Sozialdemokratischen Partei Berlins hat in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Militärpolizei einen sogenannten Ordnerdienst organisiert, der in der Brutalität seines Terrors gegen Andersdenkende nur mit der Hitlerschen SA zu vergleichen ist. Das ist die von den Neumann, Reuter, Kaiser, Schwennicke und Konsorten geförderte Entwicklung zu einem neuen Faschismus, wie er sich in allen Ländern zeigt, wo der amerikanische Imperialismus seine Kolonialherrschaft aufrichtet.

3. Trotz dieser Politik des Zwanges und der Drohungen waren sich die neofaschistischen Parteiführer und ihre ausländischen Hintermänner ihres Erfolges am 5. Dezember nicht sicher. Sie nahmen darum zu einem groß an gelegten Wahlbetrug und Wahlschwindel ihre Zuflucht. Nachdem am Vorabend des Wahlmanövers die Wahlordnung außer Kraft gesetzt und die öffentliche Auszählung in den Wahllokalen untersagt worden war, ist dieser offene Bruch der Wahlordnung in letzter Stunde erst rückgängig gemacht und damit ein massenhafter Wahlbetrug ermöglicht worden. Mit Hilfe der unkontrollierten Ausgabe von Wahlscheinen und der doppelt und dreifach zugestellten Wahlkarten wurde in den Abstimmungslokalen ein Wahlbetrug großen Stils durchgeführt. Als es sich zeigte, daß die Wahlbeteiligung zu wünschen übrig ließ, wurde der offene Zwang durch den Einsatz der amerikanischen Militärpolizei noch gesteigert. Daher kommt es, daß im amerikanischen Sektor, wo der Wahlterror am schärfsten war, auch die höchsten Wahlziffern angegeben werden. Die veröffentlichten widerspruchsvollen. Ziffern zeigen außerdem, daß der Wahlschwindel auch noch bei der Festlegung der sogenannten Endziffern fortgesetzt wurde.

Angesichts dieser groben Verstöße gegen Verfassung und Wahlordnung, des offenkundigen Wahlbetruges, des Zwanges und des Terrors erklärt das Zentralsekretariat der SED, daß die Spalterwahlen vom 5. Dezember 1948 verfassungswidrig sind und keinerlei Rechtskraft besitzen.

Wenn trotz dieses Zwanges und Terrors, trotz Verleumdungen und Drohungen fast eine Viertelmillion Berliner in den Westsektoren